

Antrag
des Bundesministeriums der Finanzen

Einwilligung gemäß § 64 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung in die Veräußerung der ehemaligen US-Wohnsiedlung Hängelstraße in Frankfurt am Main

*Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 14. Mai 1996
– VI A 4 – VV 2903.1 – 73/96 – II C 5 – F 0742 – 95/96:*

Ich beabsichtige, die für den Bund entbehrliche, 52 616 m² große Liegenschaft mit 14 Mehrfamilienhäusern und 297 Wohneinheiten an die Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen Frankfurt am Main (ABG) zu veräußern.

Der Kaufpreis von 44 355 000 DM entspricht dem Verkehrswert. Die Käuferin hat von der erweiterten Stundungsmöglichkeit nach Nummer 3 des Haushaltsvermerks bei Kapitel 08 07 Titel 131 01, Haushaltsplan 1996, Gebrauch gemacht.

Der Kaufvertrag ist am 11. Januar 1996 vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen geschlossen worden.

Ich bitte, gemäß § 64 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung die Einwilligung des Deutschen Bundestages in die Veräußerung der Liegenschaft herbeizuführen.

Antrag
auf Einwilligung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates
zur Veräußerung von Grundstücken
 (§ 64 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung)

a) Bezeichnung, Größe und Be- schreibung des Grundstücks	Ermittelter Verkehrswert DM	Verkaufspreis DM	Erwerber	Verwendung des Grundstücks	Begründung der Veräußerung
b) Dienststelle				jetzige / künftige	
1	2	3	4	5	6
a) Bundeseigene, ehemalige US-Wohnsiedlung Hügelstraße in Frankfurt am Main Gesamtgröße 52 616 m ² mit 14 Mehrfamilien- häusern (297 Wohneinheiten) b) Oberfinanz- direktion Frankfurt am Main	44 355 000	44 355 000	Aktienbaugesell- schaft für kleine Wohnungen Frankfurt am Main (ABG)	Wohn- Wohn- zwecke zwecke	Die Liegenschaft ist für Zwecke des Bundes entbehrlich